



Insolvenzen 2025: Was hinter dem Firmensterben steckt – und warum die Statistik zurücktritt

Ute Pappelbaum

Mit über 17.600 Unternehmensinsolvenzen verzeichnet Deutschland im Jahr 2025 den höchsten Wert seit zwei Jahrzehnten. Besonders stark betroffen sind Betriebe im Bau, in der Industrie sowie in dienstleistungsnahen Bereichen. Allein im Dezember wurden mehr als 1.500 Insolvenzen registriert – ein deutlich überdurchschnittlicher Monatswert, auch im historischen Vergleich.

Steigende Kosten, stagnierende Nachfrage – die strukturelle Gemengelage

Die gesamtwirtschaftliche Lage bleibt angespannt. Seit 2023 stagniert das Wachstum, zwischenzeitlich rutscht das Bruttoinlandsprodukt ins Negative. Gleichzeitig steigen die betrieblichen Aufwendungen: Energie, Vorprodukte und Kredite verteuern sich spürbar – insbesondere infolge der Zinswende von 2022.

Kleine und mittlere Unternehmen geraten besonders unter Druck. Sie verfügen seltener über finanzielle Puffer, können höhere Preise kaum weitergeben und bewältigen technologische Anforderungen meist ohne Skalenvorteile. Die Digitalisierung wird zur Belastungsprobe – nicht zur Effizienzquelle. Parallel verschärft der Fachkräftemangel die operative Unsicherheit.

Wirtschaftspolitik: Absicherung statt Eingriff

Die Bundesregierung verweist auf Maßnahmen zur Standortstabilisierung: Investitionsförderung, Fachkräfteprogramme, steuerliche Entlastungen und energiepolitische Abfederung. Diese Instrumente sollen Wettbewerbsfähigkeit erhalten – nicht gezielt Insolvenzen verhindern.

Eine direkte Reaktion auf den Anstieg der Pleiten bleibt aus. Die wirtschaftspolitische Lesart erkennt die Insolvenzentwicklung als Ausdruck notwendiger Marktberreinigung – nicht als Zeichen einer systemischen Störung.

Statistische Wende: Destatis verzichtet auf Frühindikatoren

Ab Dezember 2025 verzichtet das Statistische Bundesamt auf die Veröffentlichung vorläufiger Monatszahlen zu Regelinsolvenzen. Die Begründung ist methodisch: Die Daten basierten bislang auf ersten Gerichtsmitteilungen, waren unvollständig, verzögert und statistisch nicht konsolidiert.

Künftig sollen nur noch geprüfte Endwerte veröffentlicht werden – robuster, aber deutlich später. Ziel ist eine höhere Aussagekraft, verbunden mit einem geringeren Risiko von Fehldeutungen in sensiblen Phasen.

Weniger Transparenz, veränderte Deutungshoheit

Diese Entscheidung verschiebt die Gewichtung von Schnelligkeit hin zu Verlässlichkeit. Doch sie hat Folgen: Der Zugriff auf aktuelle Entwicklungen wird erschwert. Frühindikatoren aus öffentlicher Hand entfallen – private Institute wie das IWH gewinnen an Bedeutung, ohne dieselbe methodische Offenlegungspflicht.

In einer Zeit wirtschaftlicher Unsicherheit entsteht so ein Informationsvakuum: Wer über die Daten verfügt, prägt auch die Erzählung wirtschaftlicher Realität.

Strukturstress, politische Begrenzung, statistische Lücke

Die hohe Zahl an Unternehmensinsolvenzen verweist auf strukturelle Engpässe im deutschen Wirtschaftsmodell – nicht auf kurzfristige Verwerfungen. Betroffen sind Unternehmen, die unter Fixkostenlast, Fachkräftemangel und Nachfragezurückhaltung gleichzeitig leiden.

Gleichzeitig markiert der Rückzug von Destatis aus der Frühberichterstattung eine Zeitenwende in der öffentlichen Datenpolitik: Qualität ersetzt Geschwindigkeit – und überlässt das Frühwarnsystem zunehmend dem privatwirtschaftlichen Sektor.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947876/wirtschaftinsolvenzen-2025-firmensterben-datenpolitik-analyse/>